

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 47/2023 vom 23.11.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Prof. Strzembosz: Die Leute von Ziobro müssen zur Rechenschaft gezogen werden, der Neo-Justizrat KRS muss abgeschafft werden. Die Reparatur der Gerichte muss schnell erfolgen*
- *Prof. Markowski: Warum mit ihnen reden? Mein Rat zu PiS – IGNORIEREN!*
- *Die PiS-Verbrechen ohne Nachsicht abrechnen. Die Verfassung ist kein Selbstmordpakt*
- *Die Räder sind in Bewegung!*
- *„Polen wird kein Staat mehr sein.“ Wir sollten uns beeilen, die Worte des Parteivorsitzenden zur Kenntnis zu nehmen, denn er wird uns bald verlassen*
- *Kaczyński: Nur PiS-Polen ist ein unabhängiges Polen*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Prof. Strzembosz: Die Leute von Ziobro müssen zur Rechenschaft gezogen werden, der Neo-Justizrat KRS muss abgeschafft werden. Die Reparatur der Gerichte muss schnell erfolgen



Prof. Adam Strzembosz

Quelle: oko.press

Interview mit dem ehemaligen Ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Professor Adam Strzembosz

Mariusz Jałoszewski, OKO.press: Herr Professor, was muss in den Gerichten nach 8 Jahren „Reformen“ von Justizminister Zbigniew Ziobro verbessert werden? Womit sollte begonnen werden?

Prof. Adam Strzembosz: In der Justizverwaltung sind die wichtigsten Änderungen in zwei Gremien zu verzeichnen: Verfassungsgericht und dem Nationaler Justizrat KRS. Diese wurden zum Teil mit Personen besetzt, die rechtlich und moralisch nicht qualifiziert sind. Im Verfassungsgericht gibt es so genannte Double-Richter, und der Justizrat ist verfassungswidrig und stellt Richter, deren Qualifikation in Frage gestellt werden kann.

Was ist also mit dem illegalen Neo-KRS zu tun?

Der Teil, der die 15 Mitglieder-Richter betrifft, sollte per Gesetz abgeschafft werden. Das neue Gesetz sollte nicht nur den Rechtsstatus in Übereinstimmung mit der Verfassung wiederherstellen. Es sollte auch die Repräsentativität der Richter des ordentlichen Gerichts im Rat erhöhen. Gleichzeitig sollte die Öffentlichkeit stärker an der Ernennung von Richtern beteiligt werden, indem ein gesellschaftlicher Beirat eingerichtet wird, der dem Obersten Richterrat angegliedert ist. Dies sieht ein von *Iustitia* ausgearbeiteter Gesetzentwurf vor.

Der Präsident wird sein Veto gegen das neue Gesetz über den KRS einlegen. Er wird Änderungen an etwas, an dem er selbst beteiligt war, nicht zustimmen.

Es muss mit einem Veto des Präsidenten gerechnet werden. Aber anders ist dieser Rechtszustand nicht zu ändern. Auch der Status von Neo-Richtern und die von ihnen erlassenen Urteile müssen geregelt werden. Die Art und Weise der Überprüfung von Neo-Richtern muss geklärt werden. Dazu ist ein Gesetz erforderlich. Vielleicht wird der Präsident einigen Änderungen zustimmen. Und wenn nicht, dann muss das eben auf andere Weise geregelt werden.

Es gibt Überlegungen, dass die Mitglieder des Neo-KRS durch einen Beschluss des Sejms entlassen werden könnten. Da es sich nicht um ein verfassungsgemäßes Gremium handelt, da die Richter entgegen der Verfassung von Abgeordneten (PiS-Politikern) in dieses Gremium gewählt wurden, können sie auf dieselbe Weise entlassen werden. Und aus den Urteilen des EGMR und des EuGH geht hervor, dass der Neo-Gerichtshof politisiert ist und nicht unabhängig. Er ist auch eine Quelle von Problemen mit der Rechtsstaatlichkeit in Polen. Er muss daher schnellstens abgeschafft werden.

Ich werde nicht darüber entscheiden, ob sie durch einen Beschluss des Sejms entlassen werden können. Aber mir scheint, dass ein Richter, der ein Amt in einem illegalen Gremium übernimmt, gegen die Regeln für einen Richter verstößt. Und vielleicht sollte ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werden. So wie auch gegen die vom Justizminister ernannten Disziplinar-Ombudsmänner. Sie haben das Recht missbraucht und gegen die Gesetzgebung verstoßen. Die Säuberung des Justizwesens von einigen Dutzend Richtern, die gegen die guten Sitten und das Gesetz verstoßen haben, wird die Atmosphäre verändern. Vielleicht werden diejenigen, die bisher der PiS treu gedient haben, zur Vernunft kommen.

Am Samstag, den 11. November, sagte der polnische Richter am EuGH, Professor Marek Safjan, in einem Interview mit TVN24, dass die Richter, die Mitglieder des Neo-KRS sind, durch einen Beschluss des Sejms entlassen werden können.

Ich bestreite nicht, dass dies eine Möglichkeit ist. Ich schätze Professor Safjan und vielleicht hat er Recht. Das ist zu bedenken. Dieselbe Entschließung kann dazu verwendet werden, Doppelgänger aus dem Verfassungsgericht zu entlassen, weil sie durch einen Parlamentsbeschluss entgegen dem Gesetz ernannt wurden. Sie haben nicht den mit der Amtszeit verbundenen Schutz. Sie wurden entgegen dem Gesetz in das Verfassungsgericht berufen, weil sie auf Sitze gewählt wurden, die nicht unbesetzt waren.

Und was ist mit den Urteilen zu tun, die unter Beteiligung der Double-Richter gefällt wurden? Es gibt eine ganze Reihe von ihnen. Reicht es aus, sie aus dem Amtsblatt zu entfernen?

Auch dies ist ein ernstes Problem. Das Gericht, an dem die Double-Richter beteiligt waren, war nicht ordnungsgemäß besetzt. Ein Urteil, das unter ihrer Mitwirkung gefällt wurde, ist also kein Urteil. Es ist nicht gültig. Der EGMR hat entschieden, dass Urteile mit Doublebesetzung nicht rechtsverbindlich sind. Aber vielleicht muss man auf dem Standpunkt stehen, dass das Parlament solche Urteile aufheben muss, da keine Instanz sie aufheben kann, auch nicht der EGMR selbst. Auch das Recht des Bürgers auf Rechtssicherheit muss berücksichtigt werden. Wenn diese Urteile sich mit menschlichen Fragen befassen haben, sollte man darüber nachdenken, ob sie nicht im Rechtsraum funktionieren sollten. Denn sie regeln menschliche Probleme.

Was soll man mit den Neo-Richtern machen?

Wenn dies gesetzlich geregelt werden kann, wäre davon auszugehen, dass die Neo-Richter entsprechende Anträge an den legalen KRS stellen sollten, um über ihren Status zu entscheiden. Maßgeblich wären die Stellungnahmen der Richterversammlungen, die die Neo-Richter beurteilen würden. Der KRS würde entscheiden, ob sie in ihrer derzeitigen Position bleiben oder in ihre vorherige Position zurückkehren sollten. Wenn jemand zuvor nicht als Richter tätig war, würde er zu seinem früheren Beruf zurückkehren.

Sind Sie dafür, die Neo-Richter zu überprüfen oder ihre Ernennung ganz zu widerrufen? Professor Safjan bestätigte in einem Interview mit TVN24, dass sie sich einem neuen Auswahlverfahren vor dem legalen KRS stellen sollten.

Ich bin für eine Überprüfung. Abgesehen davon, dass sie sich bereit erklärt haben, vor dem Neo-KRS zu kandidieren, gibt es unter ihnen einige, die die moralischen und beruflichen Anforderungen erfüllt haben. Sie sollen sich einer Überprüfung unterziehen oder gehen.

Die Auswahlverfahren vor dem Neo-KRS waren nicht fair und transparent. Oft wurden „eigene“ oder schwächere Kandidaten nominiert. Mitglieder der Neo-KRS, ihre Familien und Ziobros Leute wurden befördert. Die überwiegende Mehrheit der Richter hat nicht an den Auswahlverfahren teilgenommen. Denn es handelt sich um ein illegales Gremium. Außerdem hätten sie ohnehin keine Chance gehabt, weil der Neo-KRS die Bewerbungen unabhängiger Richter ausschloss. Vielleicht wäre es jetzt fair gegenüber den Richtern, die den Rechtsstaat verteidigt haben, alle Nominierungen zurückzuziehen und sie alle in neuen Auswahlverfahren antreten zu lassen?

Richter, die in unzulässiger Weise befördert worden sind, werden einer Überprüfung unterzogen. Es ist möglich, dass sie nun alle für neue Auswahlverfahren kandidieren, aber es müsste schnell gehen. Damit die Stabilität der Gerichte nicht erschüttert wird. Der neue Justizminister sollte in der Zwischenzeit Richter, die es verdienen, an die höheren Gerichte delegieren. Dort könnten sie auf eine Beförderung warten. Der Minister kann auch neue Ombudsleute für Disziplinarangelegenheiten auf der Grundlage der von der PiS erlassenen Vorschriften ernennen und ihnen Handlungsanweisungen erteilen. Denn die Justiz soll von Anfang an gesäubert werden. Gegen diejenigen, die sich gegenüber den Behörden dienstbar gemacht haben, können Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Sie können suspendiert und ihre Gehälter gekürzt werden. Das gilt auch für die Rechenschaftspflicht der Beteiligten am Hassrede-Skandal. Auch gegen sie sollte zumindest ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, das bis zum Ausschluss aus dem Berufsstand führen kann.

Was ist mit den Neo-Richtern am Obersten Gerichtshof zu tun?

Wenn ein Gesetz verabschiedet werden kann, werden sie wie alle Neo-Richter behandelt werden. Und wenn es keine Möglichkeit für ein Gesetz gibt, muss untersucht werden, ob sie aus der Rechtsprechung entfernt werden können.

Wer sollte in den Gerichten noch zur Verantwortung gezogen werden?

Sicherlich die derzeitigen Ombudsmänner für Disziplinarangelegenheiten. Sie haben auf der Grundlage von Rechtsvorschriften gehandelt, die dem EuGH-Urteil zuwiderlaufen [sie haben das Gesetz über den rechtswidrigen Maulkorb angewandt, das im Juni 2023 vom EuGH für EU-rechtswidrig erklärt wurde - Anm. d. Red]. Sie haben sich auf Rechtsvorschriften gestützt, die grundlegende Bürgerrechte verletzen. Sie werden sich damit verteidigen, dass sie im Einklang mit dem Gesetz gehandelt haben. An die Richter werden jedoch bestimmte Anforderungen in Bezug auf Moral und Kompetenz gestellt. Man könnte auch darüber nachdenken, einige Mitglieder des Neo-KRS zur Rechenschaft zu ziehen. Man würde viele Fälle finden, in denen sie gegen die richterliche Ethik verstoßen haben.

Was soll mit den von Minister Ziobro ernannten Gerichtspräsidenten geschehen?

Die derzeitigen Präsidenten haben eine Amtszeit. Aber wahrscheinlich haben einige von ihnen das Amt des Präsidenten übernommen, obwohl die Amtszeit ihrer Vorgänger noch nicht abgelaufen war [Minister Ziobro hat die Posten der Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte in ganz Polen zum Jahreswechsel 2017/2018 gesäubert - Anm. d. Red]. Dies ist ein Verstoß gegen die ethischen Grundsätze. Es können Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Dies gilt zum Beispiel für den Präsidenten Maciej Nawacki aus Olsztyn [er blockierte mehrere Jahre lang den Richter Paweł Juszczyszyn - Anm. d. Red.] Der Justizminister kann ein solches Verfahren einleiten. Er kann auch neue Präsidenten während ihrer Amtszeit unter bestimmten Bedingungen entlassen.

Muss die Abrechnung dieser 8 Jahre Ziobro in den Gerichten stattfinden?

Ja, genauso wie gegen andere Missstände im Staat. Aber auch Änderungen bei den Gerichten sind wichtig. Was ohne Gesetze gemacht werden kann, muss sofort gemacht werden. Aber die Gesetze müssen auch da sein, selbst wenn der Präsident sein Veto einlegt. Denn das wird ein Signal nach außen senden, dass der Wunsch nach Veränderung besteht. Und das sollte ausreichen, um die EU-Mittel für Polen zu mobilisieren.

In den vergangenen Jahren haben Sie, Herr Professor, oft Richter unterstützt, die den Rechtsstaat verteidigt haben. Sie haben an Demonstrationen zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit teilgenommen. Wie beurteilen Sie diese Richter, die die Unabhängigkeit der Gerichte oft um den Preis der Repression verteidigt haben. Ist es ihnen gelungen?

Viele dieser Richter hätten Beförderungen verdient. Aber in Übereinstimmung mit den Verfahren. Sie haben die Haltung gezeigt, die von ihnen erwartet wird. Viele haben sich in den Dienst der Judikative gestellt. Die Justiz als Ganzes hat ihre Position in der Gesellschaft verteidigt und eine breitere Unterstützung gefunden. Denn den Bürgern wird bewusst, welche Rolle die Richter bei der Verteidigung ihrer Rechte spielen. Ich werde verdiente Richter nicht namentlich erwähnen. Es gibt viele, und ich möchte niemanden auslassen. Ich bewundere ihr Verhalten.

Nach einer schnellen Reparatur sollten die Gerichte reformiert werden. Die Missstände an den Gerichten sind seit vielen Jahren bekannt. Es handelt sich hauptsächlich um Prozesse, die sich über Jahre hinziehen. Was sollte an den Gerichten geändert werden, damit sie gut funktionieren und die Bürger ihnen vertrauen?

Ich habe von Richtern gehört, dass sich die Bürger stärker an der Rechtsprechung beteiligen sollten. Die Gerichte wurden durch die Abschaffung der Schöffen verschlankt. Die Richter sind der Meinung, dass die Rückkehr der Schöffen wichtig ist. Bei der Verschlinkung der Gerichte spielen die Verfahren eine wichtige Rolle. Es gibt verschiedene Ideen, wie man Verfahren vereinfachen und beschleunigen kann. Dabei darf jedoch das Recht auf Verteidigung nicht verletzt werden.

Und was kann man tun, um die Gerichte gerechter zu machen? Das ist es, was die Menschen vermisst haben. Die Richter hingen zu sehr an den Verfahren. Und die Menschen kamen zu ihnen, um Gerechtigkeit zu erfahren.

Die Richter müssen sich an die Verfahren halten, weil sie die Rechte der Bürger schützen. Aber sie sollten mit ihrem Gewissen und ihrem Gefühl für das richtige Maß handeln. Die richtige Vorbereitung eines Richters, sein Gespür und sein Sinn für Gerechtigkeit sind von großer Bedeutung. Ein Bewerber für den Richterberuf sollte in dieser Richtung vorbereitet werden. Dies sollte aber auch aus der Kultur der Gesellschaft kommen. Wenn diese Kultur niedrig ist, wird es in den Gerichten kaum anders sein.

Die Kandidaten für die Gerichte müssen ordnungsgemäß ausgewählt werden. Sie sollten geprüft werden, und diejenigen, die eine Beförderung verdienen, sollten befördert werden. Diejenigen, die gegen das Gesetz verstoßen, sollten diszipliniert werden.

Zsfg.: AV

<https://oko.press/prof-strzembosz-rozliczyc-ludzi-ziobry-sady>



www.mleczko.pl

DU HAST FÜR DIE PIS GESTIMMT!

MUSST DU MIR DAS BEI JEDEM STREIT VORHALTEN!!!!

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Prof. Markowski: Warum mit ihnen reden? Mein Rat zu PiS – IGNORIEREN!



Prof. Radosław Markowski

Quelle: wyborcza.pl

Von *Dorota Wysocka-Schnepf*

Dorota Wysocka-Schnepf: Herr Professor, haben Sie gesehen, mit welcher Hingabe Minister Ziobro gestern von der Parlamentstribüne aus über die Verfassung gebrüllt hat?

Prof. Radosław Markowski, Soziologe, Politikwissenschaftler, Universität für Sozial- und Geisteswissenschaften in Warschau: Ich habe es mir angeschaut, ja. Ein peinliches Bild. Wir haben im Moment solche Zuckungen von derjenigen, die immer noch nicht auf den Gedanken kommen, dass bestimmte Zeiten vorbei sind.

[...]

Der Stil des Abschieds der PiS von der Macht – ist es ein Abschied in Würde?

Wir werden sehen. Das waren die ersten beiden Tage. Die Emotionen kochen hoch. Ich möchte vor der Darstellung warnen, die uns heute von vielen Kommentatoren recht unreflektiert angeboten wird, nämlich: Es ist nicht so, dass die PiS eine Art schwere Niederlage erlitten hat. Die Kommentatoren schauen auf die prozentualen Ergebnisse, aber die PiS hat 7,5 Millionen Stimmen erhalten. Es ist nicht so, dass die Tusk-feindliche und einwanderungsfeindliche Rhetorik ihnen nicht genützt hätte.

2019 waren es 8 Millionen, aber mit 750.000 mehr Wahlberechtigten. Man kann sagen, dass die 7,5 Millionen aus dieser Wahl dem entsprechen, was sie 2019 bekommen haben. Und es ist verdammt viel mehr als 2015, als sie 5,7 Millionen bekamen.

All die Geschichten, dass es erstens ein durchschlagender Misserfolg ist und zweitens eine schlechte Kampagne, sind falsch. Ich denke, wenn es diese Art von Kampagne nicht gegeben hätte – radikal, Tusk und Deutschland als Schreck, usw. – hätten sie wahrscheinlich 6 oder 6,5 Millionen.

[...]

Das Problem war nicht, dass ihre Kampagne schlecht war oder bei ihren Wählern nicht ankam. Das Problem für sie war, dass das, was ich acht Jahre lang als selektive Demobilisierung des liberaldemokratischen Lagers bezeichnet habe, beendet war. Sie hat Millionen von Menschen auf die Seite der liberal-kosmopolitisch-demokratischen Befürworter der EU und der Rechtsstaatlichkeit gebracht. Das hat die PiS von der Macht vertrieben, nicht dass sie ihren Wahlkampf vermässelt hätte.

Die Sprache, die wir jetzt hören, ist also keine vorübergehende Nervosität im Moment der Machtübergabe, sondern könnte eine Vorahnung von der PiS für die gesamte kommende Amtszeit sein?

Wir haben einen unglaublich engen Zeitplan. In nur vier Monaten haben wir einen sehr wichtigen Kommunalwahlkampf, und in sechs Monaten haben wir Wahlen für das Europäische Parlament. Dies wird keine Phase normaler Politik sein, in der eine neue Regierung kommt und tut, was sie geplant hat. Denn diese neue Regierung wird mit der Tatsache rechnen müssen, dass Wahlen vor der Tür stehen.

[...]

Wir befinden uns also noch im Wahlkampf, und das ist eine günstige Strategie für die PiS?

In ihrer Situation sollte alles potenziell günstig sein. Denn sie haben gerade die Macht verloren, in der Kommunalverwaltung haben sie in den 120 größten Städten nicht ihre Leute an der Spitze, den Senat haben sie noch mehr verloren, die Macht entgleitet ihnen also mehr und mehr. Sie werden jetzt mit voller Kraft in den Kommunalwahlkampf gehen, und sie haben die finanziellen Mittel dazu. Die neue Koalition muss dieser Tatsache Rechnung tragen.

Wenn es nach mir ginge, würde ich auf etwas drängen, was wie ein Oxymoron klingt - nämlich die so genannte vernünftige Utopie. Etwas, das politischer Mut ist - sich mit den großen Themen zu befassen und die Kleinigkeiten der Finanz- oder Familienpolitik ein wenig beiseitezulassen.

Beispiele. Kategorisch unterschiedliche Dinge, aber die Herausforderungen des Anthropozäns, die Herausforderungen der Klimabedrohung - das ist keine Illusion, in 20 Jahren könnte dieser Globus in wirklich großen Schwierigkeiten sein. Die jungen Leute, die aktiv wurden, wollen vor allem das hören.

In der Welt gibt es große rechtliche und institutionelle Neuerungen. Es wird immer häufiger davon gesprochen, dass wir sogar eine dritte Parlamentskammer brauchen, in die junge Menschen von 15 oder 20 Jahren für eine Amtszeit gewählt werden würden. Und sie hätten das Recht, in Angelegenheiten, die Natur und unsere Umwelt betreffen, ein Veto gegen das Unterhaus einzulegen.

An amerikanischen Universitäten gibt es bereits neue Kurse, die sich mit der Bedrohung durch das Anthropozän befassen - Anthropozän-Governance oder Anthropozän-Verantwortung. Aufgrund der globalen Bedrohung muss in dieser Welt heute anders gerechnet werden.

Ich habe ein paar Mal versucht, es zu sagen, und bin sofort von Journalisten zum Schweigen gebracht worden, danke, dass ich es bis zum Ende sagen durfte. Denn dies ist kein Hirngespinnst, sondern ein sehr ernstes Problem. Die Frage, welches Demokratiemodell, ob es ausgeklügelt ist oder nicht, wird in einiger Zeit kein wichtiges Thema mehr sein, denn es wird Dürren geben, es wird Millionen von Migranten geben und so weiter.

Diese Themen wurden in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

Zu wenig, zu schwach. Es sollte wie der Urknall sein, es sollte eine große Eröffnung sein. In der Welt gibt man den Flüssen Seen, Wäldern Rechte. In dem Sinne, dass sie zu juristischen Personen werden, in deren Namen man vor Gericht gehen kann, um sie zu verteidigen. Die Oder könnte das erste Beispiel sein.

Der zweite sehr wichtige Punkt ist, diese acht Jahre zur Rechenschaft zu ziehen. Ruhig, aber mit unglaublicher Entschlossenheit. Dieser sozialisierende Moment darf nicht verloren gehen, indem den Bürgern dieses Landes mit rechtsstaatlichen Mitteln gezeigt wird, was man in Demokratien nicht tun sollte. Dies ist ein Beitrag für künftige Generationen von, wie ich hoffe, demokratischen, europäischen Polen.

Dieser Faden im Koalitionsvertrag ist auch da, und in der Rhetorik der Koalitionspartner ist dieses Thema auch fest verankert. Glauben Sie nicht, dass eine künftige Regierung, eine neue Koalition diese acht Jahre zur Rechenschaft ziehen wird?

Das würde ich gerne glauben. Und ich habe keinen Zweifel daran, dass etwas in dieser Richtung getan wird. Ich möchte nur vor zwei suboptimalen Möglichkeiten warnen - dass nichts getan wird oder dass es nur halb getan wird. Es ist besser, nichts zu tun, als nur halbherzig zu handeln. Ich glaube, dass man sehr stark und sehr entschlossen handeln muss.

Es ist schwierig, mit Juristen zu sprechen, weil sie sich vor allem an den Buchstaben des Gesetzes halten. Es geht auch um den Buchstaben des Gesetzes, aber vor allem geht es um den Geist des Gesetzes. Es geht um das Umfeld, um die Philosophie der Rechtsanwendung und um die Philosophie der Rechtsstaatlichkeit. Und nicht nur darum, ob hier und jetzt gegen eine bestimmte Vorschrift verstoßen wurde.

[...]

Diese Regierung steht vor vielen verschiedenen Herausforderungen, die einen gewissen utopischen Mut erfordern. Und ich drücke ihr die Daumen. Es gibt in der politikwissenschaftlichen Literatur die These, dass Rückständigkeit gewisse Vorteile hat - wenn man in einigen Bereichen rückständig ist, kann man eine bestimmte Stufe überspringen und leichter in die wahre Moderne einsteigen. Das wünsche ich mir für unsere Politiker.

Der Umgang mit der PiS, die in die Opposition geht, wird ebenfalls eine Herausforderung sein. Wie wird der neue Sejm-Präsident Szymon Hołownia mit dieser Opposition umgehen?

Er macht das gut. Nur ich z. B. habe keine Zeit für einen gleichwertigen Gedankenaustausch mit manchen Leuten. Ich will mich nicht weiter auslassen, aber das meiste, was aus der PiS kommt, angefangen beim Chef dieser Fraktion, z. B. über das Deutschtum der Partei [PO], ist nicht dialogfähig. Erstaunlich, denn wenn die PO tatsächlich eine deutsche Partei ist, stellt sich für unseren Denker aus Zoliborz [Kaczyński] die Frage – hat er das bei der Staatsanwaltschaft angezeigt? Denn eine deutsche Partei hat kein Recht, bei polnischen Wahlen anzutreten.

Aber in normalen menschlichen Begriffen - warum mit ihnen reden? Langfristig, bis sie anfangen, eine normale Sprache zu verwenden, lautet mein Rat an Szymon Hołownia und die gesamte Opposition: Ignorieren. Einfach: IGNORIEREN!

Es ist eine sehr kluge menschliche Erfindung, eine gewisse Art von Realitätsferne oder Unsinn oder mangelnde Bildung, mangelnde Logik in den Aussagen, die bei diesen Menschen auffällig ist, einfach zu überhören.

Die Absperungen vor dem Sejm sind verschwunden, ebenso die Innenräume für Journalisten – sichere Symbole für die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung nach acht Jahren. Auch werden die Mikrofone der Abgeordneten nicht mehr nach 30 Sekunden abgeschaltet, sondern es wird wieder eine echte Parlamentsdebatte geben. Nur wird das paradoxerweise der PiS zugutekommen, denn sie wird ihre eigene Erzählung von der Tribüne schreien, wie es Minister Ziobro gestern getan hat – wie kann man das ignorieren?

Es führt kein Weg daran vorbei. Es muss in den Äther gehen. Für das Lager der demokratischen Opposition und in Kürze für die regierende Mehrheit, für gebildete Menschen, die die kausalen Beziehungen in der sie umgebenden Welt beherrschen, ist dieser Unsinn, der aus dem Mund von Kaczyński oder anderen fließen wird, ein guter Treibstoff, um zu mobilisieren und zu den Wahlen zu gehen. Und um solche Leute aus der polnischen Politik zu vertreiben.

[...]

Sie haben sicher auch bemerkt, dass das Narrativ der „schlechteren Sorte“ zurückgekehrt ist. Diesmal hieß es aus dem Munde von Kaczynski, dass Frau Witek eine „höhere Kultur“ und die demokratische Opposition eine „niedrigere Kultur“ vertritt.

Ja, und es wird regnen. Sie werden so reden. Wenn jemand keine stichhaltigen Argumente hat, keine komplexen Sätze verwenden kann, um seine Gedanken zu begründen, oder nicht sagen kann, worin das Dilemma und die Wahl der Alternativen bestehen, neigen sie dazu, solche Schwarz-Weiß-Bilder zu verwenden. Das ist sehr charakteristisch.

[...]

Ein größeres Problem und eine echte Herausforderung für die demokratische Opposition ist die jüngste Wählerschaft. Es gibt nur wenige gute und gründliche Untersuchungen über junge Menschen, und ihre Mobilisierung darf nicht verpfuscht werden. Man muss sich tief in sie hineinversetzen und das Gras wachsen hören.

Und ich möchte Sie gleich vorwarnen: Es handelt sich nicht um eine einzige Erzählung, es gibt verschiedene Fraktionen, verschiedene junge Menschen mit unterschiedlichen Vorlieben. Sie sind per Definition instabil, und das darf man ihnen nicht übel nehmen. Das muss man anerkennen - mit 18, 21 Jahren ist man wankelmütig, und die Vorstellungen, wie man sich in dieser Welt zurechtfindet, ändern sich. Es ist eine große Herausforderung, vor allem für die Parteien, die die Zustimmung dieser jungen Leute bekommen haben – alle Parteien, aber vor allem die Linke. Sie für die von mir erwähnten progressiven Elemente zu begeistern. Nicht nur die, die mit Moral, dem Bett und Abtreibung zu tun haben, sondern auch die Planetarischen.

Die demokratische Opposition kann es sich zumindest im ersten Jahr ihrer Politik nicht leisten, in dieses kleinliche Gezänk um Details, um Kommas zu verfallen. Es sollte eine große Erzählung von Werten geben. Ich füge noch etwas hinzu: Der Statistische Hauptamt hat Daten über das Eingeständnis der Religiosität veröffentlicht – Ganze 6,8 Millionen Polen haben in diesem Jahrzehnt aufgehört, sich als Katholiken zu bezeichnen. Eine gigantische, astronomische Veränderung.

Aber die Menschen brauchen eine Art Bezug zu anderen, wenn sie das aufgeben, was ihnen in dieser Gesellschaft bisher wichtig erschien - sie brauchen eine Art neue große Erzählung mit Mega-Werten, die sie überraschen würde. Und das könnte diese neue globale Ethik sein, die mit dem zu tun hat, was mit dem Planeten geschieht. Das würde uns international gut zu Gesicht stehen. Und gleichzeitig würde es die Gelegenheit vereiteln, die wirklichen Probleme anzugehen, die der Menschheit und uns bevorstehen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30408756,prof-markowski-po-co-z-nimi-rozmawiac-moja-rada-na-pis.html#S.MT-K.C-B.3-L.4.duzy>

Die PiS-Verbrechen ohne Nachsicht abrechnen. Die Verfassung ist kein Selbstmordpakt



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Sadurski**, Professor für Rechtsphilosophie an der Universität von Sydney und Professor am UW European Centre

Der Moment ist, um Wyspianski zu zitieren, seltsam eigenartig. So etwas hat es noch nie gegeben: Der achtjährige Albtraum der systematischen Zerstörung der demokratischen Institutionen geht glücklicherweise zu Ende, und die Demokratie muss auf ihren Trümmern wieder aufgebaut werden. Aber der Staat - die Wirtschaft, das Bildungswesen, die medizinische Versorgung und das Justizsystem - muss erhalten bleiben, denn ohne ihn wird das Volk nicht überleben. Es geht also darum, ein Schiff auf hoher See zu reparieren.

Traditionelle Rezepte und Szenarien sind nicht ausreichend. Es handelt sich nicht um eine Periode wie die der Post-Kommunismus - denn wir schaffen nichts Neues, indem wir uns in der Welt umsehen, in den Ländern, die wir als „normal“ betrachten, und nach den besten Methoden suchen, die dort funktioniert haben. Es handelt sich also nicht, um es wissenschaftlich auszudrücken, um eine „Übergangsdemokratie“. Aber es ist auch keine Wiederherstellung des Status quo ante - die so genannte „wiederherstellende Gerechtigkeit“ -, denn eine einfache Rückkehr zur Mitte des Jahres 2015 würde bedeuten, das Terrain wiederherzustellen, auf dem der giftige PiS-Populismus, der Polen bis Ende 2023 in Anspruch genommen hatte, gewachsen ist und an Popularität gewonnen hat. Was nun?

Die Stimmen der Schöngeister beunruhigen mich

Das Problem ist umso schwieriger, als es neben diesen „Maxi“-Fragen eine Vielzahl von „Mini“-Fragen gibt - für heute, morgen, in einer Woche und in zwei Wochen nach der Regierungsbildung von Donald Tusk, die ja unweigerlich stattfinden wird, egal wie lange die Gauner vom Typ Mateusz Morawiecki und die Gauner vom Typ Andrzej Duda diesen Termin verschieben, um maximale Straffreiheit zu gewährleisten und ihre eigene Gier und die ihrer Gefolgsleute zu befriedigen. Es werden sich vor allem zwei Fragen stellen: die nach der Wiederherstellung der Institution und die nach der individuellen Verantwortung der Mitglieder der organisierten kriminellen Gruppe, die in den letzten acht Jahren öffentliche Mittel in private Taschen abgezweigt hat.

In beiden Fällen hat sich auf „unserer“ liberal-demokratischen Seite eine Unterströmung der Schöngeistigkeit herausgebildet, die mich sehr beunruhigt. Sie hat einen gemeinsamen Nenner: eine narzisstische Bewunderung für die eigenen Tugenden der Prinzipientreue unter Missachtung der politischen und praktischen Konsequenzen in der so genannten realen Welt, die trotz der Schöngeistigkeit dennoch existiert.

Soll das Schicksal der polnischen Demokratie in den Händen von Julia Przyłębska bleiben?

Die institutionellen Anpassungen werden nicht einfach sein, und sei es nur, weil es acht lange Jahre waren, in denen die PiS die Institutionen systematisch und rücksichtslos ihres ursprünglichen Zwecks beraubt und sie in unterwürfige Fußstützen der Macht verwandelt hat. Das Neo-KRS, die neuen Kammern und Pseudo-Richter des Obersten Gerichtshofs, die unterwürfige Staatsanwaltschaft und vor allem das Verfassungstribunal. Ein Organ, das von den Schöpfern der Verfassung wie in der gesamten demokratischen Welt als Kontrollinstanz der legislativen und exekutiven Gewalt gedacht war, ist zu einem willfährigen und nützlichen Handlanger der Nowogrodzka-Straße [PiS-Zentrale] geworden. Eine unbeholfene Institution, die sich aus schäbigen Personen zusammensetzt, die bereit sind, auf Geheiß der Macht alles zu tun.

Es gibt heute verschiedene Ideen für den Wiederaufbau dieser Institution, aber im Moment dominiert leider der Gedanke, nur die drei Zweitbesetzungen zu entlassen - eine Selbstverständlichkeit für alle - und was den Rest betrifft, werden wir sehen. Denn schließlich können wir nicht „die PiS sein“ und den Rest der kompromittierten Zusammensetzung durch eine parlamentarische Entschließung entlassen. Und es ist diese Schöngeistigkeit, die mir große Sorgen bereitet.

Denn neben der „Ethik des Prinzips“, wie Max Weber uns lehrte, gibt es auch die „Ethik der Verantwortung“ für die politischen Folgen des Handelns. Und die Verantwortung lehrt uns, dass die verbliebenen Zwölf dieser zwielichtigen Truppe aus der Szucha-Allee (der Adresse des Verfassungsgerichts) bis irgendwann Mitte 2026 eine Mehrheit im Tribunal von Julia Przyłębska haben wird. Das heißt, bis dahin können sie - wenn sie wollen, und wer will es ihnen verbieten? - alle von der Regierung Tusk ausgearbeiteten Gesetze zur Reform der polnischen Demokratie für ungültig erklären.

Darauf sagen uns die schöngeistigen Verfassungsrechtler: Das wird schon nicht so schlimm sein. Wir werden Disziplinausschüsse einrichten, um die Nichtstuer auszuschließen, und um sicherzustellen, dass die Ausschüsse nicht von Frau Przyłębska dominiert werden, werden wir sie mit pensionierten Richtern ergänzen. (Dies ist möglich, ohne die Verfassung zu ändern, nur mit einer Gesetzesänderung).

Entschuldigung, aber woher wissen wir, dass diese würdigen Richter im Ruhestand Frau Pawłowicz wegen ihrem Herumkrakeelen oder Herrn Wyrembak wegen seiner Dummheiten abberufen werden? Und können wir sie mit einer solchen Mission beauftragen? Ist dies nicht gerade ein raffinierter Trick, unwürdig für Verfassungsrechtler, die sich an die Regeln halten?

„Die Verfassung ist kein Selbstmordpakt“, schrieb Richter Jackson vom Obersten Gerichtshof der USA in einer abweichenden Meinung im Jahr 1949. Wir sollten die Verfassung nicht gegen sich selbst und gegen die grundlegenden demokratischen Prinzipien, denen sie eigentlich dienen sollte, verwenden. Wenn die Schöngeister meinen, dass wir um des Prinzips willen das Schicksal der polnischen Demokratie bis 2026 in die Hände von Frau Pawłowicz und des Staatsanwalts Piotrowicz legen können - ich sage Nein. Wenn die Verfassung eine solche Grotteske rechtfertigen soll, dann bedanke ich mich für eine solche Verfassung.

Keine Nachsicht für Kriminelle

Das demokratische Polen wird von einem Mob von Tätern und Nutznießern der PiS-Gesetzlosigkeit bevölkert sein: Wir werden sie nicht auf den Mars schießen. Was soll man mit ihnen machen? Keine Rache – hören wir von dem Chor der Schöngeister. Wir werden nicht wie die PiS sein. Lasst uns ihnen die Hand reichen, lasst uns die sündige Polarisierung bekämpfen. Nur noch einen Augenblick, und wir werden von den literarisch Begabteren den Satz von Herbert hören, dass wir „das schwierigste Handwerk erlernen müssen - die Vergebung der Schuld“.

Hallo! Antworte ich. Nicht alle Schulden und nicht alle Schuldigen. Hier geht es nicht um Rache, aber es darf auch keine Nachsicht geben. In diesen acht Jahren hat sich eine Clique, die nach dem Modus Operandi einer Gruppe des organisierten Verbrechens agierte, über den Maßen an öffentlichen Mitteln gemästet. Ihre Handlungen wiesen alle Merkmale von Straftaten auf, wie sie im Strafgesetzbuch beschrieben sind - Offizialdelikte (Artikel 286 StGB), Misswirtschaft (Artikel 296 StGB), Hassreden (Artikel 256 StGB) usw. Haben die korrupten Spinner, die sich im grotesken Vorstand von CPK [Zentralflughafen] Millionen gezahlt haben (2 Millionen pro Jahr für einen dreiköpfigen Vorstand, bevor die erste Schaufel in den Acker gerammt wurde), Gelder aus dem Justizfonds für Verbrechensopfer für Partei- und Propagandazwecke verschleudert, haben gigantische Summen für ihre Kumpane aus rechtsextremen, auflagenschwachen Blättern für Werbung für staatliche Unternehmen ausgegeben - sollen sie nun, ihr Geld still und leise nach Luxemburg transferieren und dort glücklich und zufrieden leben?

Den Schöngeistern, die das Mantra wiederholen: „Keine Rache“, antworte ich: „Keine Nachsicht, keine Vergebung“. Die einzige Grenze für die Durchsetzung der Rechenschaftspflicht, die von einer unabhängigen Staatsanwaltschaft eingeleitet und von unabhängigen Gerichten gehandhabt wird, ist die Verfügbarkeit von Ressourcen: Personal und Finanzen. Es ist unmöglich, jeden anzuklagen und zu verurteilen. Aber – wie in dem alten Witz – man muss es versuchen.

Prinzipien sind wichtig, aber man muss auch an die Konsequenzen denken

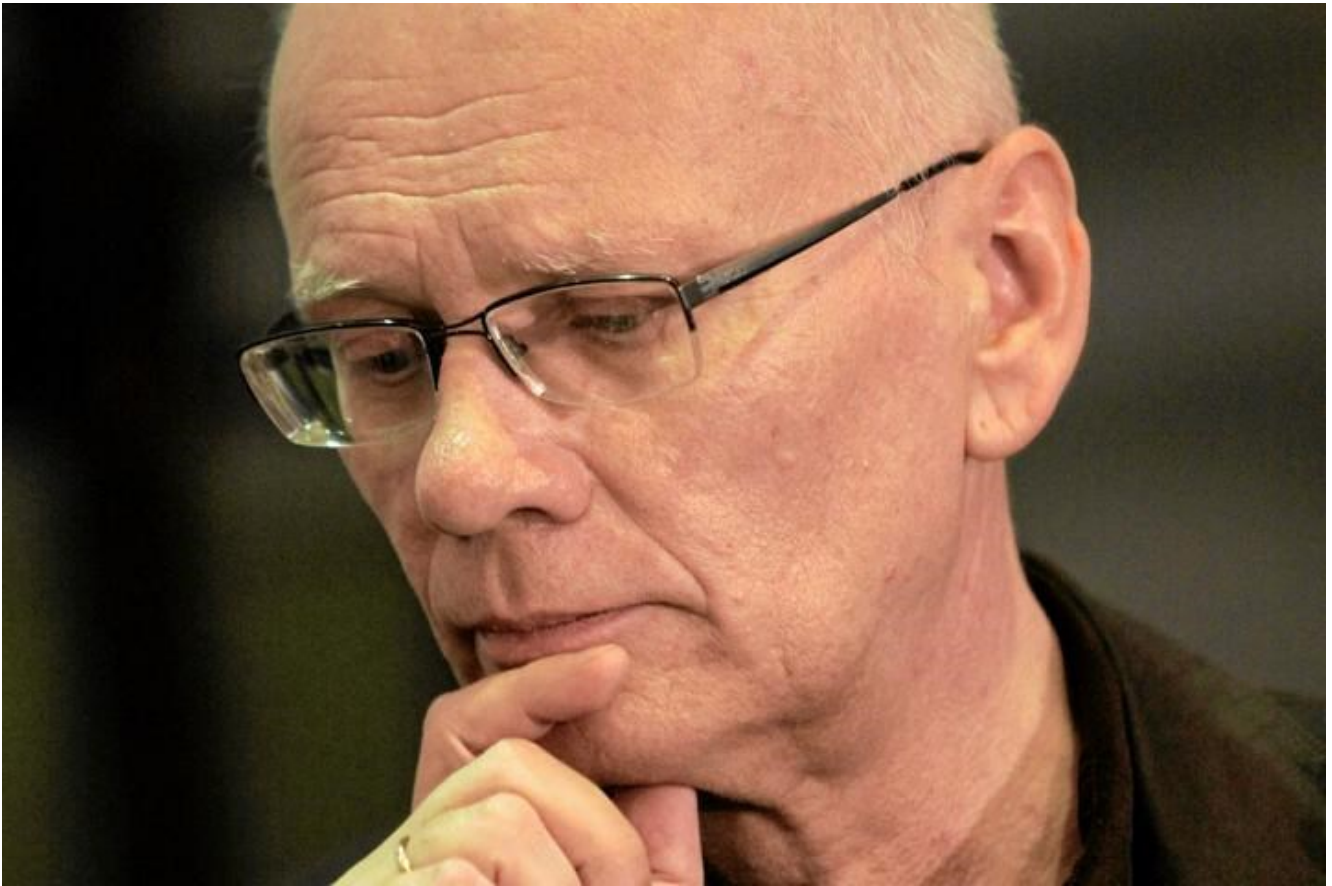
Ich sage das alles mit einem gewissen (leichten) mentalen Unbehagen, aber ohne besondere Zweifel. Das Unbehagen rührt daher, dass die schöngeistigen Verfassungsrechtler nicht selten meine guten Bekannten und manchmal sogar Freunde sind. Ich kenne alle Parolen, die sie gegen mich verwenden werden, denn ich höre sie schon seit einiger Zeit: keine Abkürzungen nehmen, nicht wie die PiS sein, den Rechtsstaat nicht wiederherstellen, indem man ihn bricht. Ich respektiere sie für ihre Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit. Ich verstehe ihre Beweggründe, ihre guten Absichten und ihren guten Willen.

Mein Mangel an Zweifeln rührt jedoch von einer einfachen Überzeugung her: In der Politik zählen nicht nur Prinzipien, sondern auch die Verantwortung für die Folgen. Und die Verfassung ist kein Selbstmordpakt. Klügere Leute als ich haben es bereits gesagt.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,30392131,rozliczyc-przestepstwa-pis-bez-poblazania-konstytucja-nie-jest.html>

Die Räder sind in Bewegung!



Adam Szostkiewicz

Quelle: tokfm.pl

Ein Kommentar von Adam Szostkiewicz

Die Demokraten haben den ersten formellen Schritt zur Bildung einer neuen Regierung getan. Sie haben sich gezeigt - wortwörtlich - und eine Koalitionsvereinbarung unterzeichnet. Diese Vereinbarung habe ich mit Euch und für Euch unterzeichnet, schrieb Donald Tusk. Sehr weise, denn es waren die Wähler, die in so großer Zahl und spontan für die demokratischen Gruppierungen gestimmt haben, die es ihnen ermöglichten, die „frohe Botschaft“ von einem „sicheren Wechsel“ zu verkünden.

Sogar TVPiS hat die Unterzeichnungszeremonie live übertragen, so dass die Wähler der populistischen und nationalistischen Rechten zum ersten Mal seit acht Jahren die demokratischen Führer sehen und hören konnten, die in den Regierungsmedien täglich diffamiert und dämonisiert werden. Dies bedeutet, dass der Wind der Geschichte auch bereits in den Ländereien der PiS weht.

Szymon Hołownia, der neue Sejm-Präsident und in weniger als zwei Jahren vielleicht zum zweiten Mal Präsidentschaftskandidat, war während der Zeremonie am entspanntesten. Tusk war dieses Mal etwas langsamer. Zu Beginn seiner kurzen Rede wirkte er etwas angespannt und erschöpft. Robert Biedroń strahlte wie immer Optimismus aus und erinnerte daran, dass die Legalisierung der Abtreibung und die Trennung von Staat und Kirche die Parolen der Linken sind. Sie alle nannten Tusk höflich „Premierminister“.

Aber die Realität sieht heute noch so aus, dass Tusk noch nicht Premierminister ist und die Koalition nach der Machtübernahme eine gigantische Aufgabe zu bewältigen hat. Um den Deal für die demokratischen

Wähler und für Polen als Ganzes zu machen, muss sich die Regierung einer totalen Opposition stellen, die immer noch von einem rachsüchtigen und frustrierten Kaczyński angeführt wird, der von wütenden Anhängseln umgeben ist. Wut ist unvereinbar mit Vernunft und Staatskunst. Sie haben ihre Waffen nicht niedergelegt und werden es auch nicht tun, sie werden die neue Regierung mit ständigem Feuer aus ihren Schanzen bedrängen, und davon gibt es viele, auch im Präsidentenpalast. Sie können auf die anhaltende Unterstützung der Kirche auf allen Ebenen ihres Apparats zählen, die ebenfalls auf die „frohe Botschaft“ einschlagen werden.

Acht Jahre Hassrede haben die polnische Politik und Gesellschaft tiefer vergiftet als die jahrzehntelange kommunistische Propaganda. Die Millionen, die für die PiS gestimmt haben, werden weiterhin glauben, dass die Machtübernahme der Demokraten eine Katastrophe ist. Sie werden jede Verschwörungstheorie glauben, die man ihnen auftischt. Der Hass auf Tusk ist so groß, dass jede vernünftige Geste an die Wähler der PiS ins Leere laufen wird. Wie in Amerika nach der Niederlage des Populisten Trump - die Spaltung der Gesellschaft wird sich vertiefen, nicht verringern.

Die extreme Rechte ist immer noch ein gefährliches Teilchen des politischen Puzzles. Wir werden bereits am 11. November und während der ersten Sitzung des neuen Sejms herausfinden, wozu sie fähig ist. Die Konföderation, die Linke von Zandberg und ein Teil des Dritten Weges werden darin verschiedene Varianten des „Symmetrismus“ vertreten. Die Bauernpartei hat acht Jahre lang mit der Plattform mitregiert, so dass sie auch dieses Mal ein konstruktiver Partner in der Regierung Tusk sein kann, aber der Test wird nicht nur die Abstimmung über die Gesetzesvorlagen sein, sondern auch das Verhalten, wenn der erste schwierige Moment für die Koalition und die demokratische Regierung kommt. Und der könnte schnell kommen, denn PiS, die Konföderierten und die Symmetristen werden keine Gelegenheit auslassen, der Regierung Tusk ein Bein zu stellen.

Glücklicherweise verfügt Tusk über die meiste politische Erfahrung und weiß, wie man mit der Öffentlichkeit kommuniziert. Der größte Schatz und das größte Kapital der neuen Regierung ist jedoch jener Teil der Gesellschaft, der genug von Kaczyńskis Herrschaft hat. Die verlässliche und aufrichtige Pflege des Kontakts mit der Öffentlichkeit ist die Daseinsberechtigung für eine demokratische Regierung.

Die Koalitionspartner sollten bereits jetzt mit den Vorbereitungen für die bald anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament beginnen - vielleicht kann eine gemeinsame Liste aufgestellt werden? - und die Kommunalwahlen - vielleicht können wir Kandidaten aufstellen, die sich nicht gegenseitig auf der demokratischen Seite bekämpfen? Nun, und mit der Diskussion über einen Präsidentschaftskandidaten beginnen. Nur ein Präsident aus dem demokratischen Lager wird die Tore für einen „sicheren Wechsel“ weit öffnen. Momentan ist es nur eine Tür, die einen Spalt breit geöffnet ist.

Zsfg.: AV

<https://szostkiewicz.blog.polityka.pl/2023/11/10/kola-w-ruch-2/?nocheck=1>

„Polen wird kein Staat mehr sein.“ Wir sollten uns beeilen, die Worte des Parteivorsitzenden zur Kenntnis zu nehmen, denn er wird uns bald verlassen



Quelle: polityka.pl

Ein Kommentar von **Jan Hartman**

Es sieht so aus, als ob die Politik der PiS nach den Wahlen darin bestehen wird, eine Anti-EU-Hysterie zu schüren, um einen Pol-Exit wie jüngst den Brexit vorzubereiten. Sollte dies ernst genommen werden? Das hängt davon ab, welche Position Kaczyński in der Partei einnehmen wird.

Wie fühlt sich Jaroslaw Kaczynski nach der Wahlniederlage und am Vorabend des Machtverlusts? Wahrscheinlich sehr schlecht. Anstatt seinen Wählern zu versprechen, sich bei den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen „zu rächen“, wie es wohl jeder konventionelle Parteiführer in seiner Position tun würde, hat der Parteivorsitzende Polens seine Anti-EU- und Anti-Deutschland-Paranoia noch verstärkt und unmissverständlich einen nationalen Befreiungskreuzzug, die Große Aktion, angekündigt, die im Februar mit einer geheimnisvollen Kundgebung in Warschau, der (wie lange noch?) Hauptstadt Polens, beginnen soll.

Furcht, große Furcht, was das werden soll, wenn man den Worten Glauben schenkt, die in den Gedenkreden zum 11. November in Warschau und Krakau gefallen sind, denn dann wird die neue Politik der PiS nach den Wahlen darin bestehen, eine Anti-EU-Hysterie zu schüren, um einen Pol-Exit wie jüngst den Brexit vorzubereiten.

Kaczyński: „Polen wird kein Staat mehr sein.“

Wir sollten uns beeilen, die Worte des Parteivorsitzenden zur Kenntnis zu nehmen, denn er wird uns bald verlassen. Wir haben hier also eine Geschichte gehört, die uns bereits aus dem Wahlkampf bekannt vorkommt, aber in einer „unmaskierten“ Version. Tusk wird ein deutscher Premierminister sein, der Deutschland als Werkzeug dient, um Polen zu vasallisieren. Kein Wunder, denn Polen war nur 54 Jahre unabhängig und seit 1989 sind 34 Jahre vergangen. Es sei nicht unwahrscheinlich, dass diese letztlich zerbrechliche und junge Unabhängigkeit verloren geht. Das sei heute eine ganz reale Sache. Deutschland tue alles, um mit der Reform der europäischen Verträge die Kontrolle über Europa und Polen zu übernehmen. Tusk und die PO seien gehorsame Werkzeuge dieses Plans. Und wenn das gelinge, „wird Polen kein unabhängiges, souveränes Land mehr sein, sondern überhaupt kein Staat mehr sein“.

Was wird es also sein? Achtung, denn dieser Begriff wird mit Sicherheit in die Geschichte der polnischen politischen Rhetorik eingehen! Es wird ein „von Polen bewohntes Gebiet, von außen verwaltet sein“. Alles in allem kann man froh sein, dass die Polen trotzdem wohnen werden und nicht in Konzentrationslagern landen. Es könnte immer schlimmer sein, Herr Parteivorsitzender! Das Glas ist halb voll!

Eine Gelegenheit für diese Tiraden bieten die Versuche der liberalen und linken Parteien im Europäischen Parlament, die Verträge zu reformieren: durch die Abschaffung des Vetorechts im Rat der EU, durch die Schaffung einer echten europäischen Armee, durch die Stärkung der Kompetenzen der Union in Fragen der Sicherheit, der Klimapolitik oder des Schutzes vor Verstößen gegen rechtsstaatliche und menschenrechtliche Standards. Ein langer Weg mit geringen Erfolgsaussichten, denn eine einstimmige Einigung der Mitgliedstaaten in so vielen wichtigen Fragen ist in den nächsten Jahren nur schwer vorstellbar. Doch das Verfahren wird nach dem Prinzip eingeleitet, dass ein Tropfen den Stein höhlt. Für Leute wie Orbán und Kaczyński ist dies eine große Chance, mit Europa und Deutschland Angst zu schüren. Denn es gibt unzählige dramatische Folgen möglicher Vertragsänderungen. Zum Beispiel würde die Union entscheiden, was an der polnisch-belarussischen Grenze passiert. Na, das wollen wir doch hoffen!

Die große Aktion der PiS nach dem Machtverlust

Wahrscheinlich wäre dann niemand dort draußen in diesem feuchten Wald gestorben, in sein Schicksal getrieben von denen, hinter ihnen mit Mauer und Strick. Schlimmer noch, die Deutschen hätten unsere Gefilde mit Weiden und Buchweizen verseucht, der weiß wie Schnee ist, denn „Polen wird vergiftet, terrorisiert von einer Müllmafia und anderen Mafias. Solch eine Zukunft wird uns bereitet, und für diese Zukunft, wird diese Regierung eingesetzt – mit Tusk an der Spitze – um all das einzuführen.“

Deutschland ist berühmt für seinen Dreck und dafür, dass es für die Rechte der Müllmafia kämpft, also muss etwas im Busch sein. Der Parteivorsitzende wird dies jedoch nicht zulassen. Er wird an das Gewissen der PO-Koalitionspartner appellieren (denn es ist eine Schande, überhaupt mit der PO selbst zu sprechen), aber vor allem wird er kämpfen, indem er eine Große Aktion initiiert. Eine Aktion, „die die modernsten Technologien nutzt, um mit einem möglichst großen Teil der Gesellschaft zu kommunizieren, und vor allem mit denjenigen, die die verschiedenen Aktivitäten, die wir durchführen müssen, moderieren werden“.

Könnte es TikTok sein? Oder vielleicht doch Kurzweilensender? Die Zeit wird es zeigen. Auf jeden Fall ist es offensichtlich, dass in der Parteizentrale in der Nowogrodzka-Straße ein Technophiler aufgetaucht ist. Könnte es Herr Mateusz sein? Vergebliche Spekulation. Auf jeden Fall dürfen wir nicht daran zweifeln, dass der Parteivorsitzende für die Unabhängigkeit sein Leben in einer blutigen Schlacht geben würde - denn „wenn man für die Unabhängigkeit kämpft, ist jeder Preis zu zahlen. Für das Vaterland zu leiden oder zu sterben ist eine schöne Sache, wir müssen das in unserem Herzen tragen“.

Kaczyński wird höchstens vor dem Fernseher sitzen

Sollte dies ernst genommen werden? Das hängt davon ab, welche Position Kaczyński in der Partei einnehmen wird. Seine Amtszeit als Parteivorsitzender endet nächstes Jahr, und es ist sehr gut möglich, dass er die Macht tatsächlich abgibt. Es besteht also kein Grund zur Besorgnis über das, was er heute sagt. Wenn jedoch „aus den Umfragen“ (eine wahrhaft sakrosankte Phrase in der modernen populistischen

Politik) hervorgeht, dass die Unterstützung von mindestens einem Drittel der Bevölkerung auf den Slogans von Pol-Exit aufgebaut werden kann, ist es sehr wahrscheinlich, dass die PiS in Ermangelung einer besseren Idee, um die Menschen an ihre Existenz zu erinnern, diesen Weg einschlagen wird. Nicht, um wirklich den Austritt Polens aus der EU herbeizuführen (das werden die Polen sicher nicht zulassen), sondern um den ganzen Ruhm für die Verhinderung der Vertragsreformen für sich zu beanspruchen und sich im Wahlkampf in vier Jahren als einziger glaubwürdiger Verteidiger der polnischen Souveränität zu präsentieren.

Immerhin etwas. Es ist nur schade, dass in vier Jahren Donald Tusk um eine zweite Amtszeit kämpfen wird und Kaczyński höchstens noch vor dem Fernseher sitzt. Schade natürlich nicht für uns, sondern für ihn.

Zsfg.: AV

<https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2234590,1,polska-nie-bedzie-juz-panstwem-spieszmy-sie-notowac-slowa-prezesa-bo-zaraz-odejdzie.read>

Kaczyński: Nur PiS-Polen ist ein unabhängiges Polen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Czuchnowski**

Am Freitagabend [10. November] feierte Jarosław Kaczyński den bevorstehenden Unabhängigkeitstag auf eine besondere Art und Weise. Unter der Statue von Jozef Pilsudski, umgeben von einer Menge treuer Aktivisten, richtete er eine Botschaft an Polen und die Welt für die kommenden Jahre.

Vier Schlüsselzitate:

- Es gibt bereits einen konkreten Plan, dessen Umsetzung durch die Europäische Union nicht nur zum Verlust unserer Unabhängigkeit, unserer Souveränität, sondern sogar zur Vernichtung des polnischen Staates führen würde. Wir würden zu einem Gebiet der Polen werden, das von außen regiert wird
- Dies ist die Umsetzung eines Plans, den ich kurz erwähnen möchte: die Liquidierung der Unabhängigkeit. Die Liquidierung unserer Unabhängigkeit. Unsere Unabhängigkeit soll nur noch ein historisches Ereignis sein.
- Wir Polen wollen frei und unabhängig sein! Wir wollen uns nicht Deutschland unterordnen, denn das ist in der Tat der deutsche Plan, der im Koalitionsvertrag der deutschen Regierung steht. Dem können wir nicht zustimmen.
- Wahrscheinlich steht uns ein harter Kampf bevor, denn diejenigen, die heute die Macht übernehmen wollen, die gerade ein Abkommen geschlossen haben (...), werden sicherlich versuchen, diesen Plan umzusetzen, denn an der Spitze dieser Koalition steht eine Partei, die nicht

polnisch, sondern deutsch ist, eine externe Partei. General de Gaulle hat die Kommunisten so bezeichnet, und wir können die Bürgerplattform getrost so bezeichnen.

Beängstigende Worte, beängstigend, dass die Aktivisten um Kaczynski nach jeder solchen Aussage applaudierten. Glücklicherweise nicht alle von ihnen. Ich habe in ihre Gesichter geschaut, vielleicht war es eine Täuschung, aber über einige von ihnen wanderte ein Ausdruck von Verlegenheit. Ich weiß es nicht, es ist sowieso egal.

Kaczynski ruft zum Bürgerkrieg auf

Während jenseits unserer Ostgrenze ein Krieg tobt, der jederzeit auf Polen übergreifen könnte, weist Kaczynski darauf hin, dass der Feind woanders sitzt. Er sagt, der Feind ist nicht Putins Russland und Weißrussland. Der Feind ist Deutschland und die Europäische Union, die die Ukraine im Kampf gegen Russland unterstützt. Eine Union, in der Polen ein wichtiger Teil ist. Der Feind sind auch diejenigen, „die heute die Macht an sich reißen wollen“ und die „keine polnische, sondern eine deutsche Partei“ sind. Einfach Verräter, denn was anderes als Verrat ist der Wunsch, „die polnische Unabhängigkeit zu liquidieren“?

Lügen, Unterstellungen und unsinnige Theorien über eine deutsche Verschwörung oder einen antipolnischen Plan sind die ständige Rhetorik des Vorsitzenden der PiS. Sie hat uns durch den gesamten Wahlkampf begleitet. Ebenso wie die Verweigerung des Rechts auf Polentum für politische Gegner. Aggression und Überheblichkeit waren einer der Gründe für die Niederlage der PiS am 15. Oktober. Kaczynski versteht nicht, dass die Polen ihm das nicht abgekauft haben. Deshalb hat er in seiner Rede am Freitag das Gaspedal der von ihm geschaffenen Hassmaschine noch weiter durchgedrückt.

Es ist unglaublich, dass der Mann, der diese irrsinnigen Anschuldigungen erhebt, acht Jahre lang de facto an der Spitze des polnischen Staates stand. Jetzt, da er sich mit seinem Machtverlust nicht abfinden kann, schert er sich nicht mehr um irgendeine Verstellung. Als Kaczyński an der Macht war, berief er sich oft auf den demokratischen Willen der Mehrheit. Jetzt verachtet er diesen Willen. Und im Grunde ruft er zum Bürgerkrieg auf. Er sagt seinen Wählern, dass es für sie keine Plattform gibt, die neue Regierung nicht nur zu unterstützen, sondern sogar mit ihr zu koexistieren.

Denn laut Kaczyński wird Polen entweder PiS-lerisch sein oder es wird überhaupt kein Polen geben.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30391889,kaczynski-tylko-polska-pis-jest-polska-niepodlegla.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wyborcza.pl

„Es wird bereits ein konkreter Plan vorbereitet, dessen Umsetzung durch die Europäische Union nicht nur dazu führen würde, dass wir unserer Unabhängigkeit und Souveränität beraubt würden, sondern sogar zur Vernichtung des polnischen Staates. Wir würden zu einem Gebiet der Polen werden, das von außen regiert wird.“

Jaroslaw Kaczynski

Quelle: <https://wyborcza.pl/7,75398,30391889,kaczynski-tylko-polska-pis-jest-polska-niepodlegla.html>

welt.de

Kabinett Morawiecki tritt zurück – PiS-Gegner neuer Parlamentspräsident

<https://www.welt.de/politik/ausland/article248523932/Kabinett-Morawiecki-tritt-zurueck-PiS-Gegner-neuer-Parlamentspraesident.html>

welt.de

Unaufgeregt, aber bestimmt. Vor dem politischen Neustart in Polen

<https://schmid.welt.de/2023/11/13/unaufgeregt-aber-bestimmt-vor-dem-neustart-in-polen/>

taz.de

Unabhängigkeitstag in Polen: „Wir müssen kämpfen!“

<https://taz.de/Unabhaengigkeitstag-in-Polen!/5972287/>

faz.de

Ein undeutscher Koalitionsvertrag

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/regierungsbildung-in-polen-ein-undeutscher-koalitionsvertrag-19305990.html>

derstandard.at

Liberaler Opposition in Polen einigt sich auf Koalitionsvertrag

<https://www.derstandard.at/story/3000000194677/opposition-in-polen-einigt-sich-auf-koalitionsvertrag>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik